

Humboldt-Universität zu Berlin

***Erwachsenenpädagogischer
Report***

Beitrag aus Band 65



**Gründung und Anfangsjahre der Volkshochschule Spandau im Spiegel
des ‚Richtungsstreits‘ der Weimarer Volksbildungsbewegung**

Francesca Baker

in

Matthias Alke, Maria Stimm (Hrsg.): 100 Jahre Berliner
Volkshochschulprogramme – Ergebnisse aus studentischen
Forschungsprojekten. Erwachsenenpädagogischer Report Band 65, 2019,
S. 19 - 36

ISSN (Print) 1615-7222
ISSN (Online) 2569-6483

*Abteilung Erwachsenenbildung/Weiterbildung
Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftliche Fakultät
der Humboldt-Universität zu Berlin*

Gründung und Anfangsjahre der Volkshochschule Spandau im Spiegel des ‚Richtungsstreits‘ der Weimarer Volksbildungsbewegung

Francesca Baker

Zusammenfassung Die Volkshochschule Spandau bildet eine von zahlreichen Volkshochschulen, die 1919 im Zuge der Volkshochschulbewegung im Deutschen Reich gegründet wurden. In diesem Beitrag wird die Volkshochschule Spandau in ihren Anfangsjahren entlang des sich während der Weimarer entfachten ‚Richtungsstreits‘ innerhalb der Volkshochschulbewegung untersucht. Dabei werden Zielsetzungen, Unterrichtsformen und Organisation der Volkshochschularbeit anhand historischer Dokumente bestimmt und in ihrem Verhältnis zum ‚Richtungsstreit‘ erörtert. Es wird gezeigt, dass sich sowohl Einflüsse der ‚alten‘ als auch der ‚neuen‘ Richtung gleichzeitig erkennen lassen, wodurch ein differenzierterer Einblick in die Volksbildungsarbeit der damaligen Zeit ermöglicht wird.

Schlagwörter Volksbildung, Richtungsstreit, Geschichte der Erwachsenenbildung, Weimarer Republik, Volkshochschule Spandau

Inhaltsverzeichnis dieses Beitrags

1.	Einleitung	20
2.	Der ‚Richtungsstreit‘	21
2.1.	Die ‚alte‘ Richtung	21
2.2.	Die ‚neue‘ Richtung	22
2.3.	Zur Umsetzung der ‚neuen‘ Richtung in der Bildungspraxis	23
3.	Historische Dokumente der Volkshochschule Spandau	24
3.1.	Zeitungsausschnitte	24
3.2.	Programmhefte der Volkshochschule Spandau	25
3.3.	Haushaltspläne des Verwaltungsbezirks Spandau	25
4.	Die Volkshochschule Spandau im Spiegel des Richtungsstreits	26
4.1.	Zielsetzung	28
4.2.	Unterrichtsform	30
4.3.	Organisation	34
5.	Fazit	34
6.	Literaturverzeichnis	35
7.	Quellenverzeichnis	36

1. Einleitung

„Die Einrichtung von Volkshochschulkursen in Spandau ist beabsichtigt.“ So beginnt eine Annonce in der *Spandauer Zeitung* am 10.06.1919, welche eine Rede über die Gründung einer Volkshochschule im eigenständigen Stadtkreis Spandau ankündigte (Spandauer Zeitung 1919, S. 2). Dabei wurden 1919 viele weitere Volkshochschulen im Deutschen Reich gegründet (Hinzen & Meilhammer 2018, S. 126). Anlässlich des 100-jährigen Jubiläums dieser Gründungen lässt sich fragen, wie es zu dieser Entwicklung gekommen ist und welche Bildungsarbeit an den neu gegründeten Volkshochschulen angestrebt wurde. Die Antworten dieser Fragen sind noch heute für das Selbstverständnis der Volkshochschulen in Deutschland von Relevanz (Friedenthal-Haase 2018, S. 153) und werden in diesem Beitrag am Beispiel der Gründung der Volkshochschule Spandau erkundet.

Vor dem Hintergrund der Umbrüche durch den verlorenen ersten Weltkrieg, der Novemberrevolution und des Übergangs in eine demokratische Staatsform stieß das Thema Volksbildung in der frühen Weimarer Republik auf besondere Aufmerksamkeit (Hinzen & Meilhammer 2018, S. 125). Die durch den Krieg verursachte Zersplitterung und Zerrissenheit der Gesellschaft sollten durch Volksbildung insofern gelöst werden, indem die einzelnen Individuen zu einem einheitlichen Volk gebildet wurden (Pöggeler 2001, S. 37). So sollte Volksbildung zur ‚Volkbildung‘ beitragen (Olbrich 2001, S. 203). Der Volksbegriff in diesem Sinne „war nicht ständisch, sozial klassifizierend oder rassistisch gedacht, sondern kulturell integrativ und sozial umfassend“ (Friedenthal-Haase 2018, S. 154). Angesichts nationaler sowie internationaler Einflüsse wie die deutsche Universitätsausdehnungsbewegung bzw. die *folkehøjskole* aus Dänemark, verbreitete sich schon 1918 eine Bewegung im Deutschen Reich, Volkshochschulen zu gründen (Friedenthal-Haase 2018, S. 155). Ausgehend von diesen verschiedenen Einflüssen entfachte sich innerhalb der Volkshochschulbewegung eine Debatte über den Zweck und die ideale Form der Volksbildung, welche als ‚Richtungsstreit‘ beschrieben wird. Die Vertreter*innen der Volkshochschulbewegung führten diese Debatte nicht nur auf der Theorieebene, sondern beteiligten sich auch aktiv an den Gründungen von Volkshochschulen, die verschiedenen Ausprägungen dieser Ideale entsprachen (Friedenthal-Haase 2018, S. 156). Die damalige Auswirkung der Volkshochschulbewegung sowie ihre Verflochtenheit mit der Gründung der Weimarer Republik lassen sich an der Befürwortung der Volkshochschulen in der Weimarer Verfassung nachvollziehen: „Das Volksbildungswesen, einschließlich der Volkshochschulen, soll von Reich, Ländern und Gemeinden gefördert werden“ (Weimarer Reichsverfassung 1919, Art. 148, Abs. 4).

In den folgenden Ausführungen wird untersucht, inwiefern sich der ‚Richtungsstreit‘ innerhalb der Weimarer Volksbildungsbewegung in der Zielsetzung, Unterrichtsform und Organisation der Volkshochschule Spandau in den Anfangsjahren seit der Gründung widerspiegelt. Hierzu wird zunächst der ‚Richtungsstreit‘ kurz umrissen (Kapitel 2). Anschließend werden historische Dokumente zur Volkshochschule Spandau vorgestellt, auf deren Grundlage Zielsetzungen, Unterrichtsformen und Organisation bestimmt werden können (Kapitel 3). So dann erfolgt die Dokumentenanalyse vor dem Hintergrund des geschilderten ‚Richtungsstreits‘. Im Vordergrund steht dabei die Frage, inwiefern sich die verschiedenen Strömungen des ‚Richtungsstreits‘ in der Arbeit der Volkshochschule

Spandau erkennen lassen (Kapitel 4). Abschließend werden die daraus gewonnenen Erkenntnisse in einem Fazit zusammengefasst und ihre Relevanz für die historische Forschung zu Volkshochschulen in Deutschland erörtert (Kapitel 5).

2. Der ‚Richtungsstreit‘

Sowohl vor als auch nach der Gründung der Weimarer Republik übte die politische und soziale Lage Deutschlands Einfluss auf die gängige Vorstellung und Praxis der Erwachsenenbildung aus. Der Übergang durch die Revolution von der Wilhelminischen Ära zur Weimarer Zeit eröffnete neue Möglichkeiten für die Erwachsenenbildung und es entstand eine rege Diskussion zur Funktion und Form der ‚idealen‘ Volksbildung (Pöggeler 2001, S. 38). Diese Diskussionen wurden auf Tagungen und in pädagogischen sowie politischen Zeitschriften geführt (Seitter 2000, S. 118-119). Dabei wurden Formen und Ausrichtungen der Volksbildung vor der Weimarer Zeit von den Verfechter*innen einer „pädagogisch-didaktischen Neuorientierung“ als ‚alte‘ Richtung ausgewiesen, in Abgrenzung zu ihrer von „den Gedanken einer radikalen Gesellschafts-, Kultur- und Zivilisationskritik“ geprägten ‚neuen‘ Richtung (Olbrich 2001, S. 201). In der Fachliteratur zur Geschichte der Erwachsenenbildung werden diese Debatten als ‚Richtungsstreit‘ behandelt (vgl. z. B. Kade, Nittel & Seitter 2007, S. 46; Seitter 2000, S. 119; Tietgens 2001, S. 188). Im Folgenden werden ‚alte‘ und ‚neue‘ Richtung näher erläutert.

2.1. Die ‚alte‘ Richtung

Vor der Gründung der Weimarer Republik wurde Volksbildung vor allem von Bildungsvereinen angeboten. Diese, wie zum Beispiel die langjährig vom Volksbildner Johannes Tews geleitete Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung, „betrieben bewusst (...) Massenbildung“ (Pöggeler 2001, S. 34). Daneben versuchten Bewegungen wie die Universitätsausdehnungsbewegung objektive, wissenschaftliche Erkenntnisse durch Vorträge zu verbreiten (Olbrich 2001, S. 96). Mit dieser Vermittlungsform geht implizit eine eher passive Form der Aneignung und des Lernens für die Hörer*innen einher. Die Schwerpunktlegung auf wissenschaftliches, objektiviertes Wissen schloss dabei kontroverse Themenbereiche wie Politik sowie Religion aus. Demgegenüber wurde auf „absolute[] Neutralität“ bestanden (Olbrich 2001, S. 207). Einerseits kann dies als eine zum „Dogma“ erhobene Folge „der naturwissenschaftlichen Aufklärung des 19. Jahrhunderts“ betrachtet werden (von Erdberg 1920, S. 77, zit. nach Henningsen 1960, S. 19). Andererseits ist diese Haltung in Verbindung mit der damaligen politischen Lage zu verstehen, wobei politische Bildung für staatsgefährdend gehalten wurde (Pöggeler 2001, S. 34). Obwohl diese Bildungsarbeit prinzipiell für alle frei zugänglich war, wurde die Arbeiterschaft als Zielgruppe nicht direkt adressiert. „Der generellen Orientierung der Volksbildung in der Wilhelminischen Ära entsprechend war Erwachsenenbildung als Bildung durch das Bürgertum für das Bürgertum konzipiert“ (Olbrich 2001, S. 149).

2.2. Die ‚neue‘ Richtung

Die Grundsätze der ‚neuen‘ Richtung entstanden aus Kritik an den Methoden und Zielen der ‚alten‘ Richtung. Kritisiert wurden die skizzierte „absolute Neutralität“, die extensive Art der Massenbildung sowie die damit einhergehende Passivität der Hörer*innen (Olbrich 2001, S. 207). Zu den Hauptvertreter*innen der ‚neuen‘ Richtung gehörten Robert von Erdberg, Werner Picht, Wilhelm Flitner und Eduard Weitsch. Ihnen zufolge sollten die *extensiven* Bestrebungen der Erwachsenenbildung durch *intensive* Bildung ersetzt werden und das passive Vortragsformat durch aktive, teilnehmerorientierte Lehrmethoden, wie Übung, Diskussion und vor allem die Arbeitsgemeinschaft, ersetzt werden (Henningens 1960, S. 10). Eine Relativierung des Neutralitätsgebots ermöglichte die Behandlung kontroverser Themen. Dabei sollten Politik und Religion von der Volksbildungsarbeit nicht ausgeschlossen werden. Darüber hinaus sollten Teilnehmende sich aktiv an der Kursgestaltung und an der Lehrplanung beteiligen (Olbrich 2001, S. 206).

Die Umstellung auf eine demokratische Staatsform ermöglichte und erforderte zugleich (aus Sicht der Vertreter*innen der ‚neuen‘ Richtung) eine neue Art Volksbildung. Während Volksbildungsarbeit in der Wilhelminischen Ära vom Staat eingeschränkt wurde, sollte Volksbildungsarbeit in der ‚neuen‘ Regierung ausdrücklich finanziell gefördert werden. „Durch die Weimarer Reichsverfassung von 1919, die sich in ihrem Artikel 148 ausdrücklich für die Förderung der Volkshochschule ausspricht, ist dieser Einrichtung ein eigener Rang, gewissermaßen eine Legitimierung von höchster Stelle, zugekommen“ (Friedenthal-Haase 2018, S. 153). Durch ihre Arbeit im Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung konnten von Erdberg und Picht ihre Vorstellungen von Volksbildung einbringen (vgl. Tietgens 2001, S. 190). Ihre Vorstellungen lassen sich in den vom Ministerium erteilten Erlassen erkennen, welche 1919 gebündelt im Heft ‚Zur Volkshochschulfrage: amtliche Schriftstücke‘ publiziert wurden (Urbach 1971, S. 119). Die Ansätze der ‚neuen‘ Richtung richteten sich gegen das Anliegen der reinen Wissensvermittlung: „Das Ziel der Volkshochschule sei ‚nicht Vermittlung von Kenntnissen, von Bildungsrohstoff, sondern Ausbildung des Denk- und Urteilsvermögens, Ordnung und Deutung und damit Fruchtbarmachung des Wissensstoffes‘“ (‚Zur Volkshochschulfrage: amtliche Schriftstücke‘ 1919 zit. nach Urbach 1971, S. 76). Statt lebensweltfremde Kulturgüter zu vermitteln, sollte die Volksbildung „lebensweltorientierte Bildungsarbeit“ betreiben, welche an den Erfahrungen des Individuums anknüpft (Olbrich 2001, S. 202). „Wilhelm Flitner kennzeichnet diese Lebensnähe und den Lebensweltbezug der Bildung mit dem Begriff der Lebenshilfe“ (Olbrich 2001, S. 202).

Zusammen mit diesen neuen Zielsetzungen kam die Arbeiterschaft als Adressaten in den Blick.

„Zwar habe es schon im 19. Jahrhundert Bestrebungen gegeben, die arbeitende Bevölkerung weiterzubilden, doch hätten diese nur der Kenntnisvermittlung und der Erziehung zur Autoritätshörigkeit gedient. Die geistige Selbständigkeit aber sei dem Proletariat vorenthalten worden“ (Urbach 1971, S. 79-80).

Nach der Novemberrevolution konnten die schon früher entstandenen Ansätze der

‚neuen‘ Richtung zugunsten der Arbeiterschaft eingesetzt werden, um selbstständige, engagierte Individuen für die neue Demokratie auszubilden.

2.3. Zur Umsetzung der ‚neuen‘ Richtung in der Bildungspraxis

Innerhalb der ‚neuen‘ Richtung entstanden verschiedene Ansätze, um die Zielsetzungen in der Praxis umzusetzen. Dabei ist zu konstatieren, dass sich unter dem Begriff Volkshochschule verschiedene Einrichtungsformen subsumieren lassen, denn die neu gegründeten Volkshochschulen in der Weimarer Zeit entsprachen keiner einheitlichen Form:

„Im Bereich des Bildungswesens war der ‚Volkshochschulrummel‘ eine der deutlichsten Folgen der Revolution: staatliche Verwaltung, einzelne Gruppen und Privatpersonen gründeten mit unterschiedlichen Zielsetzungen sogenannte ‚Volkshochschulen‘, die außer der Bezeichnung wenig gemein hatten“ (Urbach 1971, S. 84).

Gleichzeitig führten die Einrichtungen der Wilhelminischen Ära ihre Massenbildung weiter. So erreichte zum Beispiel die „rein bürgerliche“ Humboldt-Akademie „jährlich meist über 20.000, im Jahr 1920/21 sogar 46.100 Hörer“ (Urbach 1971, S. 22). Dies macht deutlich, dass die theoretisch ausgearbeiteten Ansätze der ‚neuen‘ Richtung nicht flächendeckend von den Bildungseinrichtungen der Zeit umgesetzt wurden. Auch in den Einrichtungen, die eine Bildungsarbeit im Sinne der ‚neuen‘ Richtung anstrebten, variierten die Vorstellungen von lebensweltorientierter Bildungsarbeit und der Ausgestaltung von Arbeitsgemeinschaften (Urbach 1971, S. 37). Auf der einen Seite konnte als Arbeitsgemeinschaft eine sich regelmäßig treffende Kursgruppe an einer städtischen Abendvolkshochschule verstanden werden, wie die Arbeitsgemeinschaften der Volkshochschule Groß-Berlin (Urbach 1971, S. 75). Andererseits strebten Vertreter*innen des dänischen Ansatzes eine Art Arbeitsgemeinschaft an, wobei zusammen auf dem Land gelebt, gelernt und gearbeitet wurde (Friedenthal-Haase 2018, S. 155). Als Beispiel lässt sich die von Weitsch gegründete Volkshochschulheim Dreißigacker in Thüringen anführen (Reimers 2000, S. 78). Dadurch wird ersichtlich, dass die Vertreter*innen der ‚neuen‘ Richtung nicht alle der gleichen Meinung waren. „Die Vertreter des Ministeriums, vor allem v. Erdberg und Picht, vertraten gegenüber der ‚geistigen Bewegung‘ Thüringens die staatsbezogene, konfliktaufzeigende Konzeption der Volkshochschule Groß-Berlin“ (Urbach 1971, S. 37).

Trotz dieser Unterschiede können einige allgemeine Aspekte der ‚neuen‘ Richtung in der Bildungspraxis identifiziert werden, vor allem mit Bezug auf Zielsetzung, Unterrichtsform und Organisation: Das Ziel der Bildungsarbeit der ‚neuen‘ Richtung lag auf der geistigen Entwicklung für alle Schichten (Pöggeler 2001, S. 35). Bei der Durchführung sollte eine langfristige, vertiefende, aktive Lernform im Sinne einer Arbeitsgemeinschaft ermöglicht werden (Henningsen 1960, S. 10). Organisatorisch sollte die Bildungsarbeit der Volkshochschule nicht an parteiliche Zwecke gebunden sein (Friedenthal-Haase 2018, S. 153). Der Weimarer Verfassung entsprechend sollte sie vom Staat gefördert werden. Dazu sollten im demokratischen Sinne die Hörer*innen aktiv in die Lehrplanung und Kursgestaltung miteinbezogen werden (Olbrich 2001, S. 206).

3. Historische Dokumente zur Volkshochschule Spandau

Die Bildungsarbeit der Volkshochschule Spandau¹ seit ihrer Gründung 1919 bis zu ihrer Eingliederung 1928² in die Volkshochschule Groß-Berlin lässt sich anhand verschiedener historischer Dokumente nachvollziehen. Diese Dokumente, wenn auch lückenhaft, ermöglichen in ihrer Gesamtschau einen Einblick in Zielsetzungen, Unterrichtsformen und Organisation der VHS Spandau. Die historischen Dokumente lassen sich in drei Kategorien aufteilen: Zeitungsausschnitte (3.1), Programmhefte (3.2) und Haushaltspläne des Verwaltungsbezirks Spandau (3.3).

3.1. Zeitungsausschnitte

Es liegen einige Zeitungsartikel und Annoncen zur Gründung der VHS Spandau in der *Spandauer Zeitung*, dem *Anzeiger für das Havelland* sowie der *Freiheit* vor. Am 10. Juni 1919 kündigte die *Spandauer Zeitung* die „Einrichtung von Volkshochschulkursen in Spandau“ an. In der Annonce lädt der „Volksbildungsausschuss der städtischen Körperschaften“ zu einem vom Vorsitzenden der Dozent*innenschaft der Humboldt-Hochschule³, Professor Dr. Otto Gramzow, gehaltenen Vortrag über die „Aufgaben und Einrichtung der Volkshochschule“ ein (Spandauer Zeitung, 10.06.1919, vgl. Abbildung 1).



Abb. 1 Zeitungsannonce vom 10. Juni 1919 in der *Spandauer Zeitung*, S. 4

Am 12. Juni 1919 lassen sich aus zwei nahezu identischen Artikeln aus der *Spandauer*

¹ Im Folgenden abgekürzt als VHS Spandau.

² Urbach zufolge schloss sich die VHS Spandau schon vor Oktober 1921 der Volkshochschule Groß-Berlin an, wofür er aber keinen Beleg im Text anführt (Urbach 1971, S. 29). Interne Dokumente der Volkshochschule Groß-Berlin, welche sich unter der Kennzeichnung A Rep. 021 Nr. 5 im Landesarchiv Berlin befinden, verweisen darauf, dass die Eingliederung erst 1928 stattgefunden hat.

³ Die Humboldt-Hochschule war eine andere Bezeichnung für die Humboldt-Akademie.

Zeitung und aus dem *Anzeiger für das Havelland* Details über den von Dr. Gramzow gehaltenen Vortrag zur Gründung der VHS Spandau entnehmen. *Die Freiheit*, eine Parteizeitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD), berichtete am 9. Juli 1919 über die erfolgte Planung sowie Finanzierung der VHS Spandau und empfahl der Arbeiterschaft eine „rege“ Teilnahme an den geplanten Volkshochschulkursen. Am 13. Oktober 1919 veröffentlichte die *Spandauer Zeitung* das geplante Kursprogramm für die Monate Oktober bis Dezember 1919 (Abbildung 2). Am 19. August 1921 kündigte die *Freiheit* eine Planungssitzung für die Volkshochschulkurse an, wobei Hörer*innen sowie Vertreter*innen verschiedener Organisationen eingeladen und nach ihren Wünschen für die Kursplanung gefragt wurden. Am 14. Januar 1925 veröffentlichte die *Spandauer Zeitung* das Kursprogramm der VHS Spandau für das Vierteljahr Januar bis März 1925 (Abbildung 6).⁴

3.2. Programmhefte der Volkshochschule Spandau

Neben den Programmen, die 1919 und 1925 in der *Spandauer Zeitung* veröffentlicht wurden, liegen zwei Programmhefte der VHS Spandau vor⁵. Es handelt sich um das Vierteljahr Oktober bis Dezember 1920 und das Vierteljahr Januar bis März 1921. Die Kursbeschreibungen aus den Programmen liefern ein detailliertes Bild der damaligen Bildungsarbeit der VHS Spandau. Im letzten Quartal 1920 wurden 16 Kurse aus sechs Themenbereichen von 16 Dozierenden angeboten und im ersten Quartal 1921 wurden 20 Kurse aus sieben Themenbereichen von 20 Dozierenden angeboten. Dem Historiker Dietrich Urbach zufolge wurde die Volkshochschule Spandau in den 1920er Jahren in die Volkshochschule Groß-Berlin eingegliedert (Urbach 1971, S. 29). Um den Zeitpunkt der Eingliederung genauer festzulegen, wurden auch Programme der Volkshochschule Groß-Berlin aus den 1920er Jahren untersucht. Erst im Programmheft „Volkshochschule Groß-Berlin Arbeitsplan für das 10. Lehrjahr 1928/29“ (S. 47) wurden Kurse im Bezirk Spandau angeboten, welche auf einen in 1928 erfolgten Zusammenschluss hindeutet. Diese Annahme wird durch die Anmerkung Urbachs gestützt, dass eine plötzliche Leistungssteigerung (bezogen auf die Anzahl der Arbeitsstätten, Dozierenden, und Teilnehmenden) der Volkshochschule Groß-Berlin in 1928 „auf die Übernahme bezirklicher Volkshochschulen“ zurückzuführen sei (Urbach 1971, S. 52).

3.3. Haushaltspläne des Verwaltungsbezirks Spandau

Schließlich liegen Haushaltspläne des Verwaltungsbezirks Spandau von den Jahren 1921, 1922, 1923 und 1924 vor, worin Ein- und Ausnahmen explizit für Volkshochschulkurse festgehalten werden. In den Jahren 1920 und 1921 wurden 20.000 Mark für die Volkshochschule ausgegeben (Haushaltsplan für den Verwaltungsbezirk Spandau 1921,

⁴ Die Lückenhaftigkeit der Materialien aus der *Spandauer Zeitung* ist teilweise darauf zurückzuführen, dass nur dreieinhalb Monate aus dem untersuchten Zeitraum online zur Verfügung stehen. Eine Sichtung aller originalen Zeitungen könnte noch weitere Materialien hervorbringen.

⁵ Die Programme wurden von der Bayrischen Staatsbibliothek München in digitaler Form zur Verfügung gestellt.

S. 45). Im Haushaltsplan für 1922 ist die Anmerkung zu finden: „Volkshochschule: in drei Vierteljahren je 10 Vortragsreihen“, wofür 28.000 Mark ausgegeben wurden (Haushaltsplan für den Verwaltungsbezirks Spandau 1922, S. 125). Die Hyperinflation des Jahres 1923 lässt sich an den aufgezeichneten Ausgaben für Volkshochschulkurse im Haushaltsplan des Jahres 1924 erkennen: Für das Jahr 1923 sind die Angaben „in tausend Papiermark“ wiedergegeben, während die Angaben für 1924 „in Goldmark“ festgehalten sind. Dementsprechend wurden im Jahr 1923 150.000 Papiermark für Volkshochschulkurse ausgegeben und im Jahr 1924 500 Goldmark (Haushaltsplan für den Verwaltungsbezirk Spandau 1924, S. 19). Volkshochschulkurse werden weder im Verwaltungsbericht der Stadt Berlin für den Verwaltungsbezirk Spandau 1924-1927, noch in den Haushaltsplänen für den Verwaltungsbezirk Spandau 1928-1932 explizit erwähnt.

4. Die Volkshochschule Spandau im Spiegel des Richtungsstreits

Es liegt die Vermutung nahe, dass sich die Einflüsse, die 1919 deutschlandweit zur Gründung zahlreicher Volkshochschulen führten, auch auf die Gründung der VHS Spandau ausgewirkt haben. Im Versuch, mögliche Einflüsse des skizzierten ‚Richtungsstreits‘ in der Gründung und den Anfangsjahren der VHS Spandau zu untersuchen, ist vor allem auffallend, dass die Gründung der VHS Spandau durch die Beratung eines Vertreters der Humboldt-Akademie erfolgte.⁶ In der *Freiheit* heißt es: „Nach eingehender Beratung mit dem Vorsitzenden der Dozent*innenschaft der Humboldthochschule, Herrn Professor Dr. Gramzow – Berlin, sind nun für die Wintermonate vier Kurse eingerichtet“ (Die Freiheit, 09.07.1919). Des Weiteren ist hervorzuheben, dass der wohl bekannteste Vertreter der ‚alten‘ Richtung, Johannes Tews, als einer der ersten vier Dozenten der VHS Spandau in den vorliegenden Dokumenten genannt wird (Spandauer Zeitung, 13.10.1919, vgl. Abbildung 2).

⁶ Wie in Kapitel 2.3 beschrieben wurde, betrieb die Humboldt-Akademie eine Massenbildung im Sinne der ‚alten‘ Richtung (vgl. Urbach 1971, S. 22).

Spandauer Volks-Hochschule.

Programm

für das

1. Vierteljahr Oktober-Dezember 1919:

1. Vortragsreihe: **Aus deutscher Sprach- u. Kulturgeschichte.** (Einzelstunden.) Herr Oberlehrer Dr. Müller-Spandau. Am Dienstag, 14., 21., 28. Oktober, 4., 11., 18., 25. November, 2., 9., 16. Dezember, abends 8 bis 9 Uhr, Aula der Cecilien-schule, Askanierring.
2. Vortragsreihe: **Erziehungs- und Bildungsfragen unserer Zeit.** (Doppelstunden.) Herr General-sekretär Joh. Seewitz-Berlin. Am Mittwoch, 15., 29. Oktober, 12., 26. November, 10. Dezember, abends 1/2 8 bis 1/2 10 Uhr, Aula der Cecilien-schule.
3. Vortragsreihe: **Die deutsche Ballade.** (Einzel-stunden.) Herr Seminardirektor Fahrenhorst-Spandau. Am Donnerstag, 16., 23., 30. Oktober, 6., 13., 20., 27. November, 4., 11., 18. Dezember, abends 8 bis 9 Uhr, Aula der Cecilien-schule.
4. Vortragsreihe: **Volkswirtschaftslehre.** (Einzel-stunden.) Herr Assessor Dr. Rueßner-Berlin. Am Freitag, 17., 24., 31. Oktober, 7., 14., 21., 28. No-vember, 5., 12., 19. Dezember, abends 8 bis 9 Uhr, Aula der Cecilien-schule.

Die Hörgebühr beträgt für jede Vortragsreihe 3,00 M. Hörerkarten sind in den Buchhandlungen von Mund, Breitestraße 25; Ludwig, Schönwalderstr. 7; Reuning & Brasse, Potsdamerstraße 21; Dreger, Pots-damerstraße 37, im Schulbureau, Rathaus, Zimmer 226, und beim Hausmeister der Cecilien-schule zu beziehen.

Der städtische Volksbildungsausschuß.

Abb. 2 Zeitungsannonce aus der *Spandauer Zeitung* vom 13. Oktober 1919 zum Angebot der Volkshochschule Spandau, S. 4

Die Mitarbeit dieser Dozenten deutet darauf hin, dass die Gründung der VHS Spandau in Kenntnis des ‚Richtungsstreits‘ erfolgte. Dies suggeriert, dass die Bildungsarbeit der VHS Spandau wohl eher im Sinne der ‚alten‘ Richtung stattfinden sollte. Daraus abzuleiten, dass die Volkshochschule Spandau in den 20er Jahren ausschließlich Bildungsarbeit im Sinne der ‚alten‘ Richtung durchführte, wäre aber indes verfrüht. Eine detaillierte Analyse der vorliegenden historischen Dokumente weist darauf hin, dass neben der Tendenz zur ‚alten‘ Richtung auch Ansätze der ‚neuen‘ Richtung Berücksichtigung fanden. Die Zeitungsausschnitte, Programmhefte sowie Einträge in den Haushaltsplänen zeigen, dass sich tatsächlich die Ideen der ‚neuen‘ Richtung auf die Bildungsarbeit der Volkshochschule Spandau ausgewirkt haben, insbesondere in Bezug auf Zielsetzung, Unterrichtsform und Organisation. In den nächsten Abschnitten wird dies genauer untersucht.

4.1. Zielsetzung

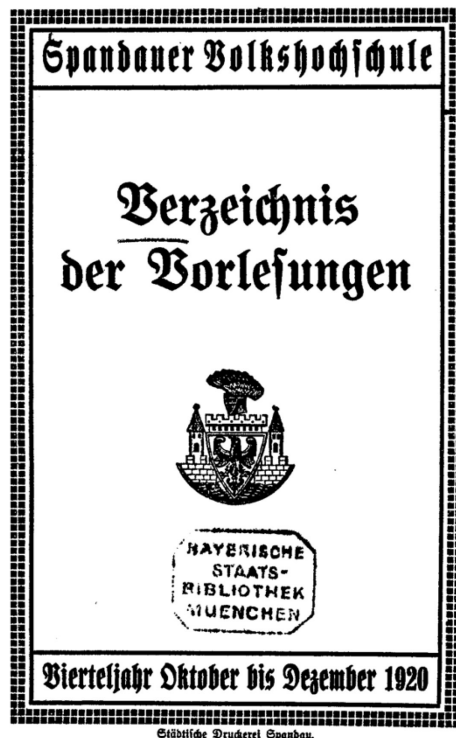
In dem von Gramzow gehaltenen Vortrag wurde die Aufgabe der Volkshochschule wie folgt beschrieben: „Sie soll nicht höhere Fachbildung vermitteln, auch nicht Forscher, sondern Persönlichkeiten heranziehen und geistige, sittliche und ästhetische Bildung pflegen“ (Spandauer Zeitung, 12.06.1919). Der Mensch müsse die Möglichkeit haben, „sich in bestimmte Fächer so zu vertiefen, daß er auf diesem Gebiete ein eignes Urteil hat und daß er dann, wenn er die Volkshochschule längere Zeit besucht hat, imstande ist, selbstständig sich fortzubilden“ (Spandauer Zeitung, 12.06.1919). Schon aus diesen Aussagen lassen sich die Ansätze der ‚neuen‘ Richtung erkennen. Demnach sollte es bei der Volkshochschularbeit nicht nur um Wissensvermittlung gehen, sondern um vertiefendes, auf längere Zeit gerichtetes Lernen zur Entwicklung des Individuums. Die Schwerpunktsetzung auf die Entwicklung der Persönlichkeit und der Urteilsfähigkeit entspricht dem amtlichen Schriftstück „Zur Volkshochschulfrage“, in dem die „Ausbildung des Denk- und Urteilsvermögens“ gegenüber der „Vermittlung von Kenntnissen“ betont wurde (‚Zur Volkshochschulfrage: amtliche Schriftstücke‘ 1919, zit. nach Urbach 1971, S. 76).

Gramzow zufolge soll „das in der Volkshochschule vermittelte Wissen“ dem Menschen „als Stütze im Lebenskampf“ dienen (Spandauer Zeitung, 12.06.1919). Diese Wortwahl erinnert an das der ‚neuen‘ Richtung zuzuordnende Prinzip „lebensweltorientierter Bildungsarbeit“, sowie an Wilhelm Flitners „Begriff der Lebenshilfe“ (Olbrich 2001, S. 202). Das Ziel ist auch im Einklang mit der im amtlichen Schriftstück erwähnten „Fruchtbarmachung des Wissensstoffes“ zu betrachten (‚Zur Volkshochschulfrage: amtliche Schriftstücke‘ 1919, zit. nach Urbach 1971, S. 76).

Gramzow betont, dass der Einzelne „lernen [muss] die geistigen, wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge“ zu erkennen (Spandauer Zeitung, 12.06.1919). Damit dies von der Volkshochschule gefördert werden konnte, durften „von dem Lehrplan der Volkshochschule auch Politik und Religion nicht ausgeschlossen werden“ (Spandauer Zeitung, 12.06.1919). In dieser Aussage wird die Ablehnung der in der ‚alten‘ Richtung streng bewahrten Neutralität sichtbar. Die Volkshochschule müsse demgegenüber eine *relative* Neutralität bewahren und weder „zu Parteipolemik und persönlicher Agitation mißbraucht werden“ noch „eine dogmatische Verkündung der Wissenschaft treiben“ (Spandauer Zeitung, 12.06.1919). Diese Aspekte deuten sich in der Kritik der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung von von Erdberg aus seinem Text „Vom Bildungsverein zur Volkshochschule“ ebenfalls an: „Die politische Neutralität wurde zum Dogma erhoben“ (von Erdberg 1920, S. 77, zit. nach Henningsen 1960, S. 19).

Schließlich spiegelt der Vortrag von Gramzow die Haltung der ‚neuen‘ Richtung zur gewünschten Zielgruppe deutlich wider, indem die geplante Bildungsarbeit nicht ausschließlich für das Bürgertum konzipiert sein sollte. Die Volkshochschule müsse „eine bleibende Hochschule sein für die Angehörigen aller Schichten unseres Volkes“ (Spandauer Zeitung, 12.06.1919). Dass die Arbeiterschaft auch daran teilnehmen durfte, ist auch aus der geplanten Uhrzeit der Kurse zu entnehmen. Die Kurse begannen frühestens um 19:30 Uhr (Spandauer Zeitung, 13.10.1919). Eingegrenzt wurde die Teilnahme nur aufgrund des Alters. In beiden Programmheften heißt es: „Als Hörer werden Personen nur

vom 18. Lebensjahre ab zugelassen“ (Spandauer Volkshochschule 1920, S. 1; Spandauer Volkshochschule 1921, S. 2, vgl. Abbildung 3).



Allgemeine Angaben.

Vortragsort:

1. Oberlyzeum am Askaniering,
2. Oberrealschule in der Moltkestr., Ecke Friedrichstr.

Als Hörer werden Personen nur vom 18. Lebensjahre ab zugelassen.

Hörerkarten sind zu haben in den Geschäften von Mund, Breite Straße 25, Ludwig, Schönwalder Straße 7, Dreger, Potsdamer Straße 36, vom Volksblatt, Potsdamer Straße 48, im Schulbüro Rathaus, Zimmer 214 und bei den Hausmeistern des Oberlyzeums und der Oberrealschule.

Die Hörgebühren beträgt für eine Vortragsreihe 5 M., für den englischen Fortbildungskursus 10 M.; der pädagogische Kursus ist unentgeltlich.

Der Hörer muß zu jeder Vortragsreihe die für diese Reihe bestimmte Hörerkarte als Ausweis mitbringen und dem Aufsichtführenden vorweisen.

Es ist erwünscht, daß sich nach jedem Vortrag eine lebhafte Aussprache entwickelt. Die Hörer werden daher gebeten, recht viel Fragen an den Dozenten zu richten.

Abb. 3 Verzeichnis der Vorlesungen der Spandauer Volkshochschule für das Vierteljahr Oktober bis Dezember 1920, S. 1

Auch wenn die Teilnahme im Prinzip allen Erwachsenen offenstand, waren die Kurse kostenpflichtig. Lediglich eine von Oktober bis Dezember 1920 stattfindende Vortragsreihe wurde unentgeltlich angeboten (Spandauer Volkshochschule 1920, S. 9). Alle anderen Angebote, die für diese Arbeit untersucht wurden, erhoben Hörgebühren.⁷

Gramzows Rede thematisiert vielfältige Zielsetzungen von Volkshochschulen mit Bezügen, die der ‚neuen‘ Richtung zugerechnet werden können. Dies steht zunächst in Widerspruch mit seinen Positionen als Vertreter der Humboldt-Akademie. An keiner Stelle in den vorliegenden Dokumenten ist zu finden, dass er mit der Gründung der VHS Spandau eine ähnliche Ausrichtung der Bildungsarbeit wie in der Humboldt-Akademie plante. Durchaus ist es möglich, dass er die Zielsetzungen der ‚neuen‘ Richtung für wichtig hielt, deren Umsetzung an der Humboldt-Akademie aber für ungeeignet betrachtete. Eine solche differenzierende Haltung könnte dazu führen, dass er sich außerhalb des Kontextes der Humboldt-Akademie für die Ansätze der ‚neuen‘ Richtung einsetze. Wie sich die

⁷ Die Hörgebühren veränderten sich über die Jahre; Oktober bis Dezember 1919 betrug die Hörgebühr für jede Vortragsreihe 3 Mark; Oktober bis Dezember 1920: i.d.R. 5 Mark; Januar bis März 1921: i.d.R. 5 Mark. Die Frage, wie finanziell tragbar die Hörgebühren für die Arbeiterschaft waren, kann nicht im Rahmen dieser Arbeit beantwortet werden.

Humboldt-Akademie gegenüber einer Bildungsarbeit im Sinne der ‚neuen‘ Richtung positionierte, lässt sich ihrer Beziehung mit der noch im Aufbau befindlichen und dennoch stark an der ‚neuen‘ Richtung orientierten Arbeit der Volkshochschule Groß-Berlin entnehmen. Einem Verwaltungsbericht aus dem Vorlesungsverzeichnis der Humboldt-Akademie Oktober-Dezember 1919 zufolge „ergab sich nach Abklärung der jeweiligen Arbeitsgebiete eine ‚freundnachbarliche Ergänzung‘“ mit der Volkshochschule Groß-Berlin (Urbach 1971, S. 100). So hätte Gramzow möglicherweise seine Arbeit mit der VHS Spandau als ‚freundnachbarliche Ergänzung‘ betrachtet, wobei sich die jeweiligen Arbeitsgebiete der Schulen nicht überschneiden.

4.2. Unterrichtsform

Einer der zentralen Kritikpunkte an der ‚alten‘ Richtung war die Passivität der Hörer*innen, die mit dem Vortragsformat verbunden ist. Demgegenüber wurde innerhalb der ‚neuen‘ Richtung die aktive Unterrichtsform der Arbeitsgemeinschaft propagiert. Bevorzugt wurden auch andere aktivierende Unterrichtselemente wie z. B. Übungen, Ausflüge, Versuche und die Vorführung von Lichtbildern (Urbach 1971, S. 35). Ein Überblick über die vorliegenden Programme der Volkshochschule Spandau aus ihren Anfangsjahren zeigt, dass überwiegend Vorträge als Unterrichtsform angekündigt wurden. Das erste Programm der Volkshochschule Spandau (Spandauer Zeitung, 13.10.1919, vgl. Abbildung 2) bot ausschließlich Vortragsreihen an und dürfte somit aus der Sicht der Vertreter*innen der ‚neuen‘ Richtung eher zur Volksbildung im Sinne der ‚alten‘ Richtung zugeordnet werden.

Mit der Zeit wurden schrittweise Ansätze zur Partizipation und Vertiefung in das Programm aufgenommen. Auf der ersten Seite jedes der zwei Programmhefte ist der Hinweis zu finden: „Es ist erwünscht, daß sich nach jedem Vortrag eine lebhaftige Aussprache entwickelt. Die Hörer werden daher gebeten, recht viele Fragen an den Dozenten zu richten“ (Spandauer Volkshochschule 1920, S. 1; Spandauer Volkshochschule 1921, S. 2; vgl. Abbildung 3). Auf diese Anregung wird auch bei einigen Angeboten nochmal verwiesen. Beispielhaft lässt sich dazu der Kurs „Ausgewählte Abschnitte aus Chemie und Technologie“ aus dem Oktober bis Dezember Programm 1920 anführen. Angeboten wurden „5 doppelstündige Vorträge mit Vorführung von Versuchen und Lichtbildern, sowie anschließender Aussprache“ (Spandauer Volkshochschule 1920, S. 9). Weiter heißt es in der Kursbeschreibung: „Der Kursus bildet eine Ergänzung der Vorlesungen über ‘Chemie des täglichen Lebens’ im Januar bis März 1920, kann aber auch ohne Vorkenntnisse besucht werden“ (Spandauer Volkshochschule 1920, S. 9; vgl. Abbildung 4).

IV, 8. Ausgewählte Abschnitte aus Chemie und Technologie.

Herr Studienrat Dorner=Spandau.

5 doppelstündige Vorträge mit Vorführung von Versuchen und Lichtbildern, sowie anschließender Aussprache am Mittwoch von 8—10 Uhr. (Alle 14 Tage.) (Der Kursus bildet eine Ergänzung der Vorlesungen über „Chemie des täglichen Lebens“ im Januar bis März 1920, kann aber auch ohne Vorkenntnisse besucht werden.)

Beginn: 13. Oktober.

Abb. 4 Verzeichnis der Vorlesungen der Spandauer Volkshochschule für das Vierteljahr Oktober bis Dezember 1920, S. 9

An diesem Beispiel lassen sich verschiedene Aspekte eines Unterrichts im Sinne der ‚neuen‘ Richtung nachvollziehen. So sollten Versuche und Lichtbilder vorgeführt werden und es wurde versucht, die Teilnehmenden durch Diskussion zu aktivieren. Die Bezugnahme auf „Ergänzung“ lädt indes zur Vertiefung ein. Dennoch blieb die Gestaltung des Kurses niedrigschwellig, da keine Vorkenntnisse erforderlich waren. Trotz dieser Ansätze spiegelt der Kurs auch Tendenzen der ‚alten‘ Richtung wider. So wird im Programm beschrieben: „Die Hörerzahl ist auf 60 Personen beschränkt“ (Spandauer Volkshochschule 1920, S. 3). Diese Zahl überschreitet die von der ‚neuen‘ Richtung bevorzugte Kursgröße und deutet auf eine Veranstaltung hin, die die Popularisierung der Wissenschaft anstrebt (also ganz im Sinne der ‚alten‘ Richtung). Die Tatsache, dass die meisten anderen Angebote aus dem vorliegenden Programm keine Obergrenze der Hörer*innenzahl festlegen, legt die Vermutung nahe, dass die anderen Kurse von mehr als 60 Hörer*innen belegt werden konnten und somit eher der Massenbildung entsprachen. Es ist auch erwähnenswert, dass der Begriff „Arbeitsgemeinschaft“ an keiner Stelle im Oktober-Dezember 1920 Programm erwähnt wird.

Das Vierteljahr Programm Januar bis März 1921 weist schließlich einen zunehmenden Einfluss der ‚neuen‘ Richtung auf. Dies zeigt sich insbesondere in der Einführung von Arbeitsgemeinschaften. Zum einen handelt es sich um den Kurs „Übungen über Faust I. in Form einer Arbeitsgemeinschaft“, der wie folgt beschrieben wird: „Die endgültige Feststellung des Programms erfolgt durch die Arbeitsgemeinschaft selbst“ (Spandauer Volkshochschule 1921, S. 5; vgl. Abbildung 5).

4. Übungen über Faust I.

in Form einer Arbeitsgemeinschaft.

Herr Studienrat Dr. P. Müller, Spandau,
Straßburger Straße 43.

8 Doppelstunden am Mittwoch, den 19., 26. Januar,
2., 9., 16., 23. Februar und 2., 9. März von 8–10 Uhr im
Biologiezimmer des Oberlyzeums. Hörgebühr 10 M.

Die endgültige Feststellung des Programms erfolgt
durch die Arbeitsgemeinschaft selbst.

Abb. 5 Verzeichnis der Vorlesungen der Spandauer Volkshochschule für das Vierteljahr Januar bis März 1921, S. 5

Diese Übung ist exemplarisch für die präferierte Unterrichtsform der ‚neuen Richtung‘, wobei die Teilnehmenden eine Arbeitsgemeinschaft bilden und sich aktiv an der Kursgestaltung beteiligen. Zum anderen findet sich ab 1921 der Verweis auf eine Arbeitsgemeinschaft in der Beschreibung des Kurses „Erziehungsfragen des täglichen Lebens“, der sowohl von Oktober bis Dezember 1920 als auch von Januar bis März 1921 angeboten wird. Im Programm von 1921 ist die zusätzliche Anmerkung zu finden: „Es soll aus zwanglosen Unterhaltungen allmähliche eine Arbeitsgemeinschaft aufgebaut werden“ (Spandauer Volkshochschule 1921, S. 8).

Außer diesen Arbeitsgemeinschaften finden sich Hinweise im Programm, dass die Bildungsarbeit im Laufe der Zeit an die individuellen Bedürfnisse der Teilnehmenden angepasst wurde. So wurde der Kurs „Einführung in die deutsche Sprachlehre“ (Spandauer Volkshochschule 1920, S. 6) 1921 weitergeführt, allerdings in zwei Kurse untergeteilt. Im Programm heißt es hierzu:

„Der Doppelkurs des vorigen Vierteljahres wird als Kursus A und Kursus B weitergeführt, wobei Kursus A mehr die grundlegende Einführung in die deutsche Sprachlehre, Kursus B mehr die übersichtliche Darstellung der deutschen Sprachlehre und ihre Verwendung bei der Anfertigung von Schriftsätzen berücksichtigt“ (Spandauer Volkshochschule 1921, S. 3).

Kursus B bot weitere Partizipationschancen an:

„Ständige Wiederholung und Übung im Gebrauch des Zeitwortes, in der Satzzergliederung und Zeichensetzung mit Einschluß geeigneter Ergänzungen und Vertiefungen und auch unter Benutzung der von Hörern freiwillig gelieferten Schriftsätze“ (Spandauer Volkshochschule 1921, S. 4).

Trotz des geringeren Umfangs der Programme in 1925 und 1928 (jeweils drei Kurse) sind auch in diesen Jahren Tendenzen der ‚neuen‘ Richtung neben solchen der ‚alten‘ Richtung erkennbar. 1925 wurde wieder ein Kurs zur deutschen Sprachlehre angekündigt (Spandauer Zeitung, 14.01.1925; vgl. Abbildung 6).

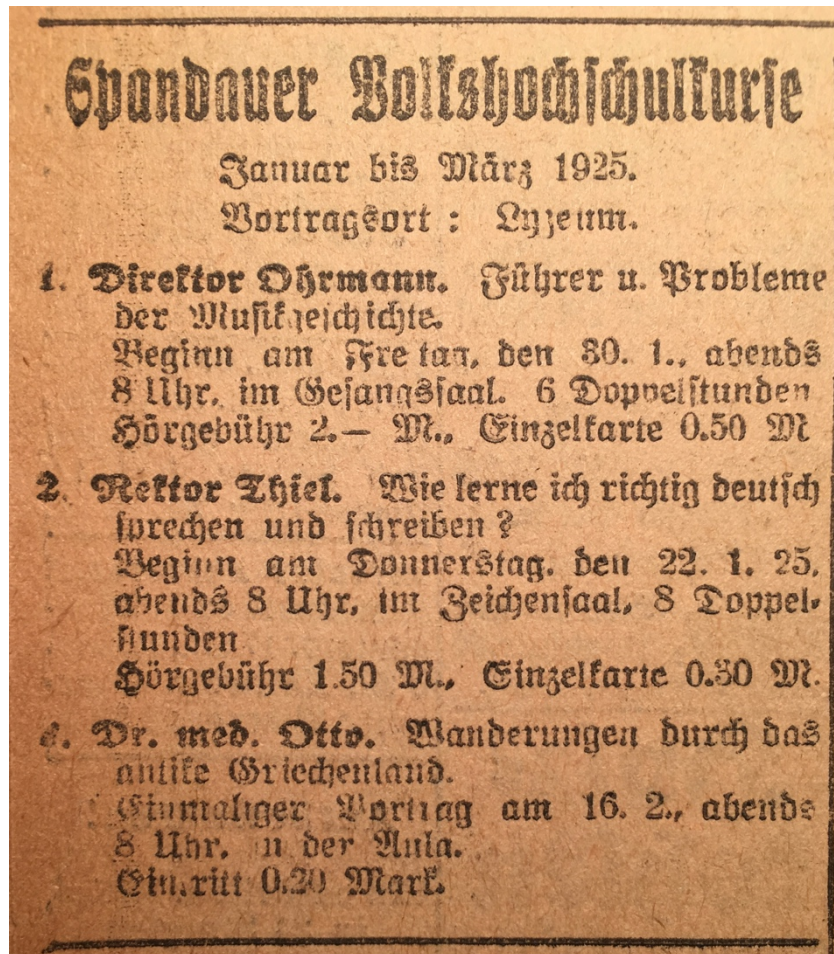


Abb. 6 Zeitungsannonce aus der Spandauer Zeitung vom 14. Januar 1925 zum Angebot der Volkshochschule Spandau, S. 4

Für diesen Kurs wurde die Wahl zwischen der Bezahlung einer gesamten Kursgelühr und dem Kauf von Einzelkarten angeboten. Dieses Angebot könnte im Sinne der ‚neuen‘ Richtung interpretiert werden, wobei den Bedürfnissen der Teilnehmenden (in diesem Fall der finanziell schwächeren Teilnehmenden) entgegengekommen wurde. Aufgrund der Kontinuität des Kurses, welcher 1920, 1921 und 1925 vom gleichen Dozenten durchgeführt wurde, ist der Kurs auch als eine Möglichkeit zur Vertiefung zu verstehen. Es legt die Vermutung auch nahe, dass der Kurs kontinuierlich nachgefragt wurde.

Ab 1928 wurde die Durchführung der Volkshochschulkurse in Spandau von der Volkshochschule Groß-Berlin übernommen. Es galten die der ‚neuen‘ Richtung entsprechenden Arbeitsgrundsätze der Volkshochschule Groß-Berlin (Volkshochschule Groß-Berlin 1928, S. 4) und zwei von den drei in Spandau angebotenen Kurse wurden in Form einer Arbeitsgemeinschaft durchgeführt (Volkshochschule Groß-Berlin 1928, S. 47).

Insgesamt verdeutlichen diese Beispiele, dass sich die VHS Spandau im Laufe ihrer Anfangsjahre schrittweise Elemente des Lehrens im Sinne der ‚neuen‘ Richtung aneignete.

4.3. Organisation

Die Förderung von Volkshochschulen mit öffentlichen Mitteln war ein mit der ‚neuen‘ Richtung verbundenes Konzept. Gramzows Rede zur Gründung der VHS Spandau hebt diesen wichtigen Aspekt der Organisation der Volkshochschule hervor. Statt wie in der ‚alten‘ Richtung Volksbildung durch Bildungsvereine zu etablieren, sollte die Volkshochschule nun „ein eigenes Institut [sein], dessen Träger die Gemeinde sein muss“ (Spandauer Zeitung, 12.06.1919). Am 9. Juli 1919 berichtete die *Freiheit*, dass „der Unterausschuss für Volksfachschoolen 20.000 Mark gefordert“ hat und dass dies auch bewilligt wurde. Dass die Volkshochschule Spandau tatsächlich öffentlich finanziert wurde, belegen die Haushaltspläne des Verwaltungsbezirks Spandau.

Ferner wird auch in der *Freiheit* von der Zusammensetzung des Planungsausschusses berichtet: „Ein Arbeitsausschuß, der gebildet wurde, in welchem alle Bevölkerungsschichten vertreten sind, ist mit der Ausarbeitung des Projekts beauftragt“ (Die Freiheit, 09.07.1919, S. 4). Deutlich wird, dass die Organisation der Volkshochschule nicht hierarchisch gesteuert, sondern von interessierten Individuen aus allen Schichten umgesetzt werden sollte. Die folgende, am 19. September 1921 veröffentlichte Zeitungsannonce aus der *Freiheit* bestätigt dies auch:

„Volkshochschule in Spandau. Am Freitag, den 19. d. M., abends 6 Uhr, findet im Bezirksverordnetensitzungssaal des Rathauses eine Besprechung über die Ausgestaltung der Volkshochschulkurse im kommenden Winter statt. Hierzu sind nicht nur die Hörer der Volkshochschule, die Wünsche vorzutragen haben, eingeladen, sondern es steht auch Organisationen jeder Art (Gewerkschaften, Parteien, Berufsverbänden usw. usw.) frei, Vertreter hierzu zu entsenden“ (Die Freiheit 1921, S. 5).

Diese Offenheit gegenüber der Mitgestaltung im organisatorischen Sinne veranschaulicht die Einflüsse der ‚neuen‘ Richtung auf die VHS Spandau.

5. Fazit

Mit Bezug auf den ‚Richtungsstreit‘ in der Volksbildungsbewegung der Weimarer Republik lässt sich die Arbeit der VHS Spandau in ihren Anfangsjahren weder als Volksbildung im Sinne der ‚alten‘ Richtung noch ausschließlich als Volksbildung im Sinne der ‚neuen‘ Richtung einordnen. Vielmehr ist ein Nebeneinander der Richtungen zu beobachten. Während ihre Kurse anfangs überwiegend im Sinne der ‚alten‘ Richtung angekündigt wurden, entsprach sie im Laufe der Zeit in ihrer Zielsetzung und Organisation zunehmend den Ansätzen der ‚neuen‘ Richtung. So lassen sich schließlich Einflüsse der ‚neuen‘ Richtung in der Unterrichtsform der Kurse erkennen.

Diese Erkenntnisse, wenn auch auf die VHS Spandau bezogen, tragen zu dem Forschungsstand zur Geschichte der Erwachsenenbildung in Deutschland bei. Neben anderen fokussierten Untersuchungen zum Verhältnis zwischen den theoretischen Vorstellungen des ‚Richtungsstreits‘ und der tatsächlichen Bildungspraxis an Volkshochschulen während der Weimarer Republik können die hier gewonnenen Erkenntnisse zu einem

differenzierteren Verständnis der historischen Volkshochschularbeit führen (vgl. z. B. Tietgens 2001; Tietgens 2018). Es ist zu konstatieren, dass die historische Erwachsenenbildungsforschung

„von überlieferten Material abhängig ist, so daß die Frage aufkommen muß, ob es nicht eine signifikantere, aber verstecktere Literatur gibt oder ob vielleicht die Alltagswirklichkeit gar nicht von den Ideen, Vorstellungen und Worten bestimmt war, die sich zahlreich in kleineren Veröffentlichungen kundtaten, sondern von Praktikern, die sich zwar schriftlich wenig äußerten, dafür aber umso mehr konkret für die Erwachsenenbildung taten“ (Tietgens in Urbach 1971, S. 1).

So können konkrete Beispiele – wie in diesem Beitrag – Einblicke bieten, „wie der Erwachsenenbildungsalltag jeweils ausgesehen hat“ (Tietgens 2018, S. 19). Außerdem warnt Tietgens vor der Neigung „Divergierendes zu sehen und Konvergierendes zu ignorieren“ (Tietgens 2018, S. 20). Es empfiehlt sich in Betracht zu ziehen, dass die auf der Theorieebene divergierenden Richtungen in der Praxis ergänzend eingesetzt werden konnten. In einer solchen Perspektive können die scheinbaren Widersprüche – wie beispielsweise die der im Sinne der ‚neuen‘ Richtung zuzurechnenden Rede von Gramzow – erklärt werden.

6. Literaturverzeichnis

- Friedenthal-Haase, M. (2018). Keine illegitime Tochter der Demokratie – ein historischer Blick auf die deutsche Volkshochschule anlässlich ihres 100. Geburtstags. *Bildung und Erziehung*, 71(2), 152-164.
- Henningsen, J. (1960). *Die Neue Richtung in der Weimarer Zeit*. Stuttgart: Ernst Klett.
- Hinzen, H., & Meilhammer, E. (2018). 100 Jahre Volkshochschule. Einleitung zu diesem Heft. *Bildung und Erziehung*, 71(2), 125-136.
- Kade, J., Nittel, D., & Seitter, W. (2007). *Einführung in die Erwachsenenbildung/Weiterbildung* (2. erweiterte und aktualisierte Auflage). Stuttgart: Kohlhammer.
- Olbrich, J. (2001). *Geschichte der Erwachsenenbildung in Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich.
- Pöggeler, F. (2001). Demokratisierung durch Bildung: Ideen, Entwicklungen und Erträge der deutschen Erwachsenenbildung im 20. Jahrhundert. In M. Friedenthal-Haase. (Hrsg.), *Erwachsenenbildung im 20. Jahrhundert – Was war wesentlich?* (S. 33-56). München – Mering: Rainer Hampp Verlag.
- Reimers, B. (2000). *Die Neue Richtung der Erwachsenenbildung in Thüringen 1919 – 1933*. Verfügbar unter: <https://publikationen.uni-tuebingen.de/xmlui/bitstream/handle/10900/47216/pdf/complete.pdf>. Zugegriffen: 20.07.2019.
- Seitter, W. (2000). *Geschichte der Erwachsenenbildung: eine Einführung*. Bielefeld: Bertelsmann.
- Tietgens, H. (2001). ‚Soziologie der Volksbildung‘ – Revision eines Geschichtsbildes. In M. Friedenthal-Haase (Hrsg.), *Erwachsenenbildung im 20. Jahrhundert – Was war wirklich?* (S. 185-198). München und Mering: Rainer Hampp Verlag.
- Tietgens H. (2018). Geschichte der Erwachsenenbildung. In R. Tippelt & A. von Hippel (Hrsg.),

Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung. Springer Reference Sozialwissenschaften. (S. 19-38). Wiesbaden: Springer VS.

Urbach, D. (1971). *Die Volkshochschule Groß-Berlin 1920 bis 1933*. Stuttgart: Ernst Klett.

7. Quellenverzeichnis

Anzeiger für das Havelland, 12.06.1919, 61(134), S. 5.

Berlin Spandau. *Haushaltspläne für das Verwaltungsbezirks Spandau 1921-1924*.

Berlin Spandau. *Haushaltspläne für das Verwaltungsbezirks Spandau 1928-1932*.

Berlin. *Verwaltungsbericht der Stadt Berlin: 1-28. 1924-1927*.

Die Freiheit, 09.07.1919, Nr. 322, S. 4.

Die Freiheit, 19.09.1921, Nr. 385, S. 5.

Spandauer Volkshochschule (1920). *Verzeichnis der Vorlesungen. Vierteljahr Oktober bis Dezember 1920*.

Spandauer Volkshochschule (1921). *Verzeichnis der Vorlesungen. Vierteljahr Januar bis März 1921*.

Spandauer Zeitung, 10.06.1919, 26(132), S. 2, 4.

Spandauer Zeitung, 12.06.1919, 26(134), S. 2.

Spandauer Zeitung, 13.10.1919, 26(238), S. 4.

Spandauer Zeitung, 14.01.1925, 32(11), S. 4.

Die Verfassung des Deutschen Reichs, „Weimarer Reichsverfassung“, 11.08.1919. Verfügbar unter: <http://www.documentarchiv.de/wr.html>. Zugriffen: 21.07.2019.

Volkshochschule Groß-Berlin (1928). *Arbeitsplan für das 10. Lehrjahr 1928/29*.